

Kampf gegen eine obligatorische Zahnversicherung

Die Genfer Kantonsregierung empfiehlt, die **Initiative für eine obligatorische Zahnversicherung** abzulehnen. Die SSO-Sektion Genf mit Präsidentin Martine Riesen sowie Prof. Ivo Krejci von der Universität Genf hatten erfolgreich Überzeugungsarbeit geleistet.

Text: Andrea Renggli, Redaktorin SDJ

Fotos: Presse- und Informationsdienst SSO, Fotolia

In einigen Kantonen der Romandie sowie im Tessin wurden politische Vorstösse für eine obligatorische Zahnversicherung und den Aufbau eines Netzes von öffentlichen Zahnkliniken eingereicht. Die SSO ist überzeugt, dass dies das erfolgreiche Modell der Zahnmedizin in der Schweiz gefährdet, welches auf Prävention beruht, kostengünstig ist und auf Therapiefreiheit setzt. Sind diese Vorstösse erfolgreich, läuft es auf eine Verstaatlichung der Zahnmedizin hinaus.

Eine SSO-Taskforce setzt sich mit der Vorbereitung der Abstimmungskampagne in den Kantonen auseinander. Die jeweiligen Sektionen planen und tragen die Kampagne selber, die SSO unterstützt sie mit einer gesamtschweizerischen Basis-kampagne.

Genfer Regierung setzt auf Prävention

Noch in diesem Jahr werden die Stimmbürger im Kanton Waadt über das Anliegen abstimmen. Die Regierung bekämpft die Initiative mit einem kostengünstigeren Gegenvorschlag, wobei ein Teil der Kosten mit einer Steuer auf Süssgetränke gedeckt werden soll. In den Kantonen Fribourg und Jura wurde jeweils ein politischer Vorstoss eingereicht, der aber zurückgewiesen wurde. In den Kantonen Neuenburg und Tessin wurden entsprechende Initiativen eingereicht, im Wallis werden Unterschriften gesammelt.

Eine neue Entwicklung gab es kürzlich im Kanton Genf. Im Juli 2016 war eine Initiative für eine obligatorische Zahnversicherung eingereicht worden, und gleichzeitig diskutierte die Gesundheitskommission eine Motion einiger Parlamentarier, die ebenfalls eine kantonale Versicherung verlangte. Im Januar 2017 hat nun die Kantonsregierung dem Kantonsparlament empfohlen, die Initiative abzulehnen. Der Rat begründet seine Meinung folgendermassen: Fachleute aus der

Zahnmedizin hätten aufgezeigt, dass sich die Massnahmen im Bereich der Zahngesundheit auf die Prävention und Förderung einer guten Mundgesundheit konzentrieren müssen. Am effizientesten seien Massnahmen, welche die am stärksten betroffenen Zielgruppen speziell ansprechen. Die Art der Finanzierung der Zahnbehandlung könne die sozioökonomische Ungleichheit nicht egalisieren. Der Rat meint weiter, der Kanton Genf engagiere sich bereits jetzt im Bereich der Prävention und in der Förderung der Mundgesundheit, sei es in den Schulen oder durch finanzielle Unterstützung Betroffener.

Dies entspricht auch der Haltung der SSO, welche sich gegen die Initiativen und Vorstösse ausgesprochen hat. Die Entwicklung im Kanton Genf ist ein sehr positives Zeichen.

AMDG wurde aktiv

Die Genfer SSO-Sektion (Association des Médecins Dentistes de Genève, AMDG), konnte zu dieser Entscheidung beitragen. Wir sprachen mit der Präsidentin, Martine Riesen.

Martine Riesen, wie kam es, dass der Genfer Grosse Rat in Dialog mit der AMDG trat?

Der Grosse Rat verfügt über eine Gesundheitskommission. Diese liess sich mehrmals von Prof. Ivo Krejci (Präsident der zahnmedizinischen Universitätsklinik Genf) über die zahnmedizinische Versorgung im Kanton informieren. Die AMDG war bei der Erarbeitung der Motion für eine obligatorische Zahnversicherung nicht kontaktiert worden. Zu diesem Zeitpunkt, am 30. Oktober 2014, haben wir jedoch per Mail eine Stellungnahme und unsere Argumente an die Mitglieder des Kantonsparlaments geschickt. Gleichzeitig ergriffen linke Parteien eine Initiative für eine obligatorische Zahn-



Martine Riesen, Präsidentin der SSO-Sektion Genf: «Für die Bevölkerung ist das wichtigste Argument das Finanzierungsmodell der Zahnversicherung: Lohnabgaben analog dem Modell der AHV. Und dass jene, die zahlen, nicht zwingend jene sein werden, die von der Versicherung profitieren.»

versicherung und sammelten mühelos Unterschriften. Die Zeit verging, und wir von der AMDG waren beunruhigt, weil seit unserer Kontaktaufnahme bereits zwei Jahre vergangen waren. Schliesslich baten wir von unserer Seite um ein Gespräch, mit der Begründung, dass die AMDG die Hauptakteure vertritt, jene Zahnärzte, die eine Praxis in der Stadt führen. So kam es, dass die AMDG am 17. Juni 2016 ihre Argumente der Kommission vortragen und sich gegen die obligatorische Zahnversicherung aussprechen konnte.

Wie haben Sie sich auf dieses Gespräch vorbereitet?

Wir haben die Waadtländer SSO-Sektion SVMMD und den Presse- und Informationsdienst der SSO gefragt, ob sie uns unterstützen und ihr Argumentarium zur Verfügung stellen könnten. Auch haben sie uns die relevanten Artikel weitergeleitet. Ich danke an dieser Stelle allen, die uns geholfen haben, diese Informationen zu sammeln. Vier Personen wurden ausgewählt, die AMDG vor der Gesundheitskommission zu vertreten: die Past-Präsidentin Véronique Müller Campanile, der Parodontologe Dr. Hrvoje Jambrec, Dr. Edouard Coquoz, Allgemeinzahnmediziner und Verantwortlicher für das soziale Zahnmedizin-Zentrum *Point d'eau*, und ich als Präsidentin der AMDG. Wir bereiteten uns vor, indem wir die Argumente untereinander diskutierten und die Präsentation finalisierten. Dabei wurde uns bewusst, dass unsere Aufgabe sehr komplex ist.

Wie lief das Hearing ab?

Wir zeigten den Mitgliedern der Gesundheitskommission eine 20-minütige Powerpoint-Präsentation. Danach beantworteten wir, so gut wir konnten, die Fragen der Politiker. Das war nicht einfach. Offenbar ist unser berufliches Umfeld den Politikern nicht geläufig. Einige haben die Entwicklung und die

Grundsätze des Schweizer Systems nicht in allen Feinheiten verstanden. Auch kamen gewisse Ideen zur Sprache, die wir in den zehn Minuten, die uns zur Verfügung standen, nicht auf ideale Weise widerlegen konnten.

Welche Argumente haben Sie vorgebracht?

Ich denke, es gibt drei Punkte, die das Problem gut aufzeigen und eine grundlegende Argumentation erlauben. 1. Die Geschichte unseres Systems der zahnmedizinischen Versorgung. Unser Modell funktioniert, und man beneidet uns darum (Stichworte: Prophylaxe, guter zahnmedizinischer Zustand, persönliche Verantwortung, hohe Qualität der Versorgung, freie Wahl des Zahnarztes und der Behandlung). 2. «Wissenschaftliche» und «vergleichende Argumente» (Stichworte: Studien, Vergleiche mit anderen Ländern, die Entwicklung der Karies). 3. Die verschiedenen kantonalen Projekte für eine obligatorische Zahnversicherung sind eine Reaktion auf ein gesellschaftliches Problem (sozioökonomische Veränderungen, Working Poor). Es ist wichtig, die wirtschaftlichen und organisatorischen Konsequenzen eines solchen Projekts spezifisch für den Kanton Genf genau anzusehen (Stichworte: Kosten, Aufbau der Strukturen, Lohnabgaben, Entwicklung der medizinischen und der zahnmedizinischen Gesundheitskosten,

psychologische Mechanismen, welche die katastrophale Entwicklung der KVG-Kosten erklären). Einem grossen Teil der Bevölkerung geht es gut, diese Menschen brauchen die Versicherung nicht. Es wäre deshalb sinnvoller – auch wirtschaftlich –, gezielt bei den Betroffenen einzugreifen.

Welches ist das stärkste Argument?

Wir wissen nicht, welche Argumente in der Debatte der Gesundheitskommission den Ausschlag gaben. Ich denke, der wirtschaftliche und organisatorische Aspekt könnte entscheidend sein. Für die Bevölkerung ist wahrscheinlich das wichtigste Argument das Finanzierungsmodell der Zahnversicherung: Lohnabgaben analog dem Modell der AHV. Und dass jene, die zahlen, nicht zwingend jene sein werden, die von der Versicherung profitieren... Deshalb ist eine Evolution (sich vermehrt um die Risikogruppen in der Bevölkerung zu kümmern) besser als eine Revolution (grundlegende Änderungen eines Systems, das funktioniert und eine gutes Preis-Leistungs-Verhältnis aufweist). Jedoch erfordert auch die Evolution finanzielle Ressourcen, und die Berufsorganisationen und ihre Mitglieder müssen einbezogen werden. Wir müssen uns einig sein, dass dieser Effort nötig ist, wenn wir eine soziale Zahnversicherung vermeiden wollen.



Die SSO ist überzeugt, dass die Vorstösse für eine obligatorische Zahnmedizin das erfolgreiche Modell in der Schweiz gefährdet, welches auf Prävention beruht, kostengünstig ist und auf Therapiefreiheit setzt.